

Politik und Protest in Russland seit 2000 – eine kurze Einführung

Das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war von tiefgreifenden Umbrüchen geprägt, die sich insbesondere in politischen Machtkämpfen, Korruption, organisierter Kriminalität, dem Niedergang der Wirtschaft, Inflation, Arbeitslosigkeit, Streiks und Verarmung großer Teile der Bevölkerung äußerten. In den „wilden 1990ern“, wie sie in Russland genannt werden, gab es aber auch demokratische und liberale Reformen, eine weitgehende Rede- und Pressefreiheit und ein reges Kulturleben ohne Zensur.

Der Moskauer Aktionismus war die führende Kunstbewegung dieser Zeit. Künstler wie Anatoli Osmolowski, Avdei Ter-Organian, Oleg Kulik und Alexander Brener schockierten die Öffentlichkeit mit provokanten Performances wie zum Beispiel dem Zerschlagen einer orthodoxen Ikone mit einer Axt oder dem Sprühen eines Dollarzeichens auf eine Malewitsch-Malerei. Doch nur wenige systemkritische Performances dieser Zeit waren unmittelbar gegen die regierende Politik gerichtet. Dies änderte sich 1999 mit der Aktion *Gegen alle*, in deren Zuge KünstlerInnen sich erstmals aktiv in das politische Geschehen des Landes einmischten – ein Präzedenzfall mit Folgen. Anlässlich der Parlamentswahlen 1999 koordinierte Anatoli Osmolowski unterschiedliche kritische Aktionen unter dem Titel „Nicht-Regierungs-Kontroll-Komitee“. Damals kündigte sich schon das Ende des offenen Dialogs in der Politik und der freien Medien in Russland an.

Zur gleichen Zeit ließ sich in dem Maße, in dem die staatlichen Repressionen zunahmen, eine wachsende Politisierung der russischen Kunstszene beobachten. Konnten KünstlerInnen-Gruppen wie Radek Community oder FFC (Factory of Found Clothes) in Nachfolge des Moskauer Aktionismus noch zu Beginn der 2000er-Jahre auf den Sankt Petersburger und Moskauer Straßen Aktionen realisieren, ohne schwerwiegende Konsequenzen befürchten zu müssen, ist der öffentliche Raum seit Mitte der 2000er-Jahre, von der Polizei strikt kontrolliert, zur absoluten Tabuzone geworden.

Diese Entwicklung erfuhr in den Jahren 2009 bis 2011 eine Zuspitzung. Nachdem im Frühjahr 2008 Dmitri Medwedew zum Präsidenten gewählt worden war und sich unter dem Motto „Vorwärts, Russland“ für eine Modernisierung des Landes ausgesprochen hatte, hofften viele Menschen auf Reformen. Doch wurden jene, die glaubten, der ehemalige Präsident Wladimir Putin würde als Ministerpräsident die Fäden ohnehin weiter in der Hand halten, rasch in dieser Einschätzung bestätigt, als Putins Partei „Einiges Russland“ kurze Zeit später sein Programm des „Russischen Konservatismus“ veröffentlichte, das einen Eurasischen Nationalismus propagierte und das Vakuum füllen sollte, das der einstige Sowjetische Marxismus hinterlassen hatte.

Die politisch und sozial engagierte Kunst seit 2009 stand in einem direkten Zusammenhang mit politischen Ereignissen und Forderungen. Ein Katalysator für ihre Entwicklung war der Gerichtsprozess, den die Ausstellung *Verbotene Kunst* (2007) nach sich zog und der eine Welle von Aktionen auslöste, die zum Teil im Innenhof und selbst im Verhandlungssaal des Moskauer Taganski-Gerichts stattfanden und dieses neue Phänomen in der russischen Kunst, den künstlerischen Aktivismus, deutlich sichtbar machten. Die provokanten öffentlichen Aktionen von KünstlerInnen wie Artjom Loskutow und Denis Mustafin oder Gruppen wie Bombily und Woina waren unmittelbar gegen die Regierung und ihre ausführenden Organe gerichtet und erlangten über das Internet große Aufmerksamkeit.

Als der Termin für die Präsidentschaftswahlen 2012 näherrückte, nahmen auch die Aktivitäten der Medienaktivisten und der zersplitterten politischen Opposition an Fahrt auf. Mehr als hunderttausend Menschen demonstrierten im Dezember 2011 auf den Straßen von Moskau gegen die Politik der Regierung. Bei der Organisation dieser Proteste, die nicht zuletzt vom sogenannten „Arabischen Frühling“ beflügelt wurden und bis in den Frühling 2012 anhielten, war insbesondere die russische Kulturszene beteiligt, darunter auch viele KünstlerInnen. Ein wichtiges Forum der Gegenkultur war hierbei die Internetseite openspace.ru, die von Juni 2008 bis in den Sommer 2012 kritische Kommentare und Essays veröffentlichte.

Noch vor den Wahlen, am 21. Februar 2012, sorgte eine Aktion der feministischen Punkband Pussy Riot für Aufsehen über die Landesgrenzen hinaus, die die Aktivistinnen schlagartig berühmt machte. Ein Internet-Video zeigte die Aktivistinnen vor dem Altar der Christ-Erlöser-Kathedrale im Zentrum von Moskau, wie sie zu lauter Rockmusik im Chor „Mother of God, put Putin away!“ sangen, wofür drei Mitglieder der

Gruppe im August 2012 zu zwei Jahren Haft in einem Straflager verurteilt wurden. Im Zuge eines breiten Protests gegen diese Verurteilung wurde die Performance, wie zuvor auch Aktionen der Gruppe Woina, in Kulturkreisen kontrovers diskutiert. Sie steht beispielhaft für eine Entgrenzung zwischen künstlerischem und politischem Aktivismus.

Doch so überraschend es gelang, insbesondere die russische Mittelschicht und Studierende zum Protest zu bewegen, so rasch verebbte dieser Protest nach den Wahlen im März 2012 auch wieder. Die Gründe sind vielschichtig. Doch sicherlich spielen die Verhaftung und Verurteilung von Demonstrierenden, Einschüchterungen, aber auch Uneinigkeit unter den Oppositionellen eine Rolle, ebenso wie eine generell geringe Bereitschaft insbesondere älterer Generationen der postsowjetischen Gesellschaft, sich aktiv gegen den Staat aufzulehnen.

Mit der Rückkehr Wladimir Putins ins Präsidentenamt im Mai 2012 änderten sich auch die Bedingungen für die Protestkultur. Die gewalttätigen Reaktionen der Polizei, der Gerichtsprozess nach dem sogenannten „Marsch der Millionen“ am 6. Mai 2012 in Moskau sowie der Prozess gegen Pussy Riot waren Indikatoren für die restriktive Politik gegenüber jeglicher Opposition. Möglichkeiten zur politischen Partizipation waren kaum mehr vorhanden. Resignation und Angst vor Repressionen ließen kaum mehr Demonstranten auf die Straße gehen. Wichtige Posten an Kulturinstitutionen sind seither mit regierungskonformen Kulturfunktionären besetzt worden. Viele Kulturschaffende zog es ins Ausland. Unmittelbar gegen die Putin-Regierung gerichtete Protestaktionen wie die von Pjotr Pawlenski, der sich unter anderem öffentlich ein Ohrläppchen abschnitt, sind bis dato eine Ausnahme. Seither konzentriert sich die politisch und sozial engagierte Kunst verstärkt auf ein subtileres Ausloten der Grenzen des Legalen, beispielhaft sei die Installation *White Canvases* (2012) genannt. Sie bestand aus einer Reihe von weißen oder unbemalten Leinwänden, die ein Kollektiv um Anton Litwin am Ufer gegenüber der Kreml-Mauer aufstellte – eine Metapher für die Leere und Ohnmacht im Land.

Seit 2012 schlägt die Kunst leisere Töne an. Sie setzt auf Aufklärung und Lobbyarbeit für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel psychisch Kranke oder MigrantInnen aus Ländern, die früher zur Sowjetunion gehörten, exemplarisch bei den Künstlerinnen Katrin Nenaschewa und Olga Zhitlina. Aber auch feministische Themen rücken stärker ins Zentrum, etwa bei den Gruppen Urbanfeminism oder Shvemy Sewing Cooperative. Zudem lässt sich bei einigen KünstlerInnen eine Wiederkehr von Ironie und Humor, subversiver Affirmation und karnevalesken Aktionen angesichts der resignierenden Situation in der russischen Kulturlandschaft beobachten. Zu nennen sind beispielsweise ZIP Group, Sweta Schuwajewa und die Queer-Feminist Affinity Art Group „Unwanted Organisation“. KünstlerInnen wie Polina Rodrigues setzen sich in jüngster Zeit auch mit außenpolitischen Themen wie dem Krieg in der Ostukraine und der Annexion der Krim auseinander. Hört man sich unter KünstlerInnen und anderen Kulturschaffenden in Russland um, so glaubt im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2018 niemand daran, dass sich in näherer Zukunft etwas in Russland ändern wird.

Vorläufer und Vorbilder

– Aktionskunst und antizipierender Aktivismus

Politische Kunst und Performances im öffentlichen Raum haben eine lange Tradition in Russland, die bis in die Avantgarde der 1920er-Jahre zurückreicht. Zu denken ist aber auch an die „kollektiven Aktionen“ der Moskauer Konzeptualisten in den 1970er-Jahren oder die sogenannte Soz Art in den 1980er-Jahren, die sich vor allem mit dem „russischen Weg“ im Verhältnis zum „Westen“, dem Erstarren der Orthodoxen Kirche sowie Fragen des neuen Konsums zu Zeiten der Perestroika auseinandersetzte.

Insbesondere in den „anarchischen“ Zeiten der 1990er-Jahre sorgten Performances, beispielsweise von Oleg Kulik, Alexander Brener oder der Gruppe E.T.I. unter der Leitung von Anatoli Osmolowski, für Furore. Doch nur wenige waren unmittelbar gegen politische Entscheidungen der Regierung gerichtet. Beispielhaft sei die Aktion *Das Wort (Chui)* der Gruppe E.T.I. auf dem Roten Platz am 18. April 1991 genannt. Mit „Chui“, einem Vulgärausdruck für „Phallus“ in der mit Tabus belegten russischen Fluchsprache „Mat“, reagierten die KünstlerInnen auf das drei Tage vorher verabschiedete Gesetz, das Mat im öffentlichen Raum untersagte. Noch fast zwanzig Jahre später beziehen sich KünstlerInnen auf die Tradition des Mat, die sich in der Literatur von Puschkin bis Sorokin finden lässt. So malte die Gruppe Woina in der Nacht des 14. Juni 2010 einen monumentalen Phallus auf eine Sankt Petersburger Zugbrücke, die dem Gebäude des russischen Geheimdienstes FSB gegenüberliegt. Damals wie heute hat dies aber nicht zu einem Umdenken bei den Regierenden geführt. Ganz im Gegenteil: Mit dem „Gesetz zum Verbot nicht normativer Lexik“, das 2014 in Kraft trat, sind Mat-Ausdrücke inzwischen auch in Theatern, Musik, Literatur und Kunst verboten.

Neben E.T.I. und späteren Gruppierungen um Anatoli Osmolowski machten aber auch KünstlerInnen-Gruppen wie der Radek Community oder FFC (Factory of Found Clothes) in ihren öffentlichen Aktionen in Moskau und Sankt Petersburg bereits Ende der 1990er- und zu Beginn der 2000er-Jahre auf gesellschaftspolitische Missstände aufmerksam.

Verschwimmende Grenzen – Kunst als Aktivismus oder Aktivismus als Kunst

Vielen KünstlerInnen-Gruppen wie zum Beispiel Bombily oder Chto Delat gehören nicht nur KünstlerInnen an, sondern auch JournalistInnen, SchriftstellerInnen, PhilosophInnen und andere VertreterInnen der Intelligenzija. Kulturschaffende waren schließlich auch maßgeblich an der Organisation der Massenproteste 2011/12 in Moskau beteiligt. Und wie beispielsweise Aktionen der Queer-Feminist Affinity Art Group „Unwanted Organisation“ zeigen, mischen sich auch heute noch künstlerische AktivistInnen gerne unter die Protestierenden bei den traditionellen Demonstrationen zum 1. Mai, die nicht selten karnevaleske Züge tragen. Als „Narren“ verkleidet halten sie dem Hofstaat einen Spiegel vor und spielen mit der Polizei Katz und Maus. Umgekehrt greifen anarchistische Gruppen auf die in den 1960er- und 70er-Jahren in der osteuropäischen Kunst und im Moskauer Konzeptualismus etablierte Strategie der subversiven Affirmation zurück, um – wie zum Beispiel am 25. Januar 2009 in Sankt Petersburg beim „Marsch der Einverstandenen“ – Schilder und Fahnen mit Sprüchen wie „Ja zur Preissteigerung“, „Opfern wir unser letztes Hemd für unseren geliebten Ministerpräsidenten“ oder „Wir sind mit allem einverstanden“ hochzuhalten.

Die Grenzen zwischen künstlerischer Performance und politischer Agitation sind zuweilen fließend. Je nach Perspektive gibt in einigen Fällen allein das Produktions- und Rezeptionsumfeld der Gruppen Hinweise auf den künstlerischen Background der Mitglieder, wie etwa bei Woina oder Pussy Riot. Die russische Regierung und ihre Politik tragen sicherlich eine Mitverantwortung dafür, dass diese KünstlerInnen politisch aktiv werden, dass eine Politisierung der Kunstszene in Protest umzuschlagen vermag und dass Kunst zuweilen als Mittel zum Zweck genutzt wird. So berichtete Denis Mustafin im Jahr 2011 einem Journalisten, er unterstütze die Kunst nur, „solange die Menschen nicht anfangen, zu schreien ‚Schau‘, das ist Kunst!“ und weiterhin: „Aktionismus ist nur eine Vorbereitung für eine Revolte, getarnt als Kunst“.

Ob sich KünstlerInnen nun zu AktivistInnen erklären und dennoch in der Kunstwelt rezipiert werden oder ob sie ein Selbstverständnis von sich als KünstlerInnen und AktivistInnen haben – man kann in jedem Fall von einem neuen politischen Realismus in der russischen Kunst sprechen. Neben neuen Formen der künstlerischen Aktion findet dieser Realismus auch neue Sujets, wie zum Beispiel im Fall einer Gerichtsreportage der KünstlerInnen Wiktorija Lomasko und Anton Nikolajew. Weiterhin ist zu beobachten, dass sich die russischen KünstlerInnen nicht nur mit der Zeitgeschichte ihres eigenen Landes auseinandersetzen, sondern durchaus auch größere Zusammenhänge sehen und sich auf die internationale Kunst, beispielsweise den Internationalen Situationismus, beziehen: „Nur der Internationale Situationismus, der eng mit 1968 verbunden ist, kann uns helfen, Antworten auf die Herausforderungen der Moderne zu finden. In unserem Land gab es keine ‚Revolution von 1968‘ – gemeint ist die internationale Revolution ..., die die Hierarchie der sozialen Ordnung, vom Staat bis zum Familienleben, attackierte und die Menschen lehrte, kritisch gegenüber Informationen zu sein, die nichts weiter sind als Werbung für Waren. In den 1980er-Jahren passierte etwas Ähnliches in Osteuropa, während in den 1990er-Jahren Elemente solch einer Revolution nur in der Kultursphäre existierten, ohne etwas substantiell zu verändern, weder in der Politik noch im täglichen Leben.“ (openspace.ru, Mitenko, 2011)

Kritik und Zensur

– Kunst vor Gericht

Trotz des Untergangs der Sowjetunion hat sich das Verhältnis zwischen der Macht und der Gesellschaft kaum verändert. Anstatt die „freien“ Künste zu fördern, tritt der Staat immer häufiger als Zensor auf und ermuntert russisch-orthodoxe Fundamentalisten, gerichtlich gegen Kulturschaffende wie KünstlerInnen und KuratorInnen vorzugehen – wie im Falle der Ausstellung *Vorsicht, Religion!*, die am 14. Januar 2003 im Sacharow-Zentrum in Moskau eröffnete. Vier Tage nach der Eröffnung stürmten ultraorthodoxe Christen die Schau und zerstörten die Exponate. Die Ausstellung musste schließen. Doch nicht die Randalierenden, sondern die OrganisatorInnen und KünstlerInnen wurden angeklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt. In den Jahren zuvor hatte es schon ähnliche, doch weniger schwerwiegende Fälle gegeben. Im Zentrum der gerichtlichen Auseinandersetzungen steht stets der §282 des Russischen Strafgesetzbuches, der die „Verletzung des Nationalstolzes und religiöser Gefühle“ sanktioniert.

Vier Jahre später, genau genommen ab dem 7. März 2007, präsentierte wiederum das Sacharow-Zentrum unter dem Titel *Verbotene Kunst* 24 Werke, die 2006 aus Museen und Galerien unter Selbstzensur aussortiert worden waren. Wie in einer Vollzugsanstalt wurden die Arbeiten hinter weißen Wänden gezeigt. Nur wer auf Leitern stieg, konnte durch Gucklöcher einen voyeuristischen Blick auf das jeweils zensierte Objekt werfen. Zu sehen gab es etwa kopulierende Polizisten, eine Ikone aus Kaviar, Jesus neben McDonald's-Werbung oder eine Blondine unter einer Öldusche. Einige dieser Werke, zum Beispiel von der KünstlerInnengruppe PG Group, sind hier in der Aachener Ausstellung zu sehen.

Aufgrund der Lobbyarbeit von patriotischen und religiösen Organisationen sowie konservativer und nationalistischer Journalisten kam es auch hier zur Anklage. Die Konsequenzen für die Organisatoren Andrei Jerofejew und Juri Samodurov waren drastisch hohe Geldstrafen. Die Staatliche Tretjakow-Galerie beendete noch vor Prozessbeginn das Arbeitsverhältnis mit Jerofejew, ihrem Chefkurator für Gegenwartskunst. Samodurov, dem Leiter des Sacharow-Zentrums, wurde die Kündigung nahegelegt.

Am Tag der Urteilsverkündung, dem 12. Juli 2010, betritt ein Mann namens Petja Wersilow das Taganer Bezirksgericht in Moskau – im Gepäck hat er zirka 3500 Kakerlaken. Als die Wachmänner es bei ihm rascheln hören, reißen sie seine Kartons auf und die befreiten Schaben wuseln durch das Gebäude. Diese Aktion ist der Protest eines Aktivisten der KünstlerInnengruppe Woina gegen das Urteil. Festgehalten wird all dies in 150 Zeichnungen von der freiberuflichen Zeichnerin Wiktorija Lomasko, die schließlich zusammen mit Texten von dem Journalisten und Mitbegründer der Künstlergruppe Bombily, Anton Nikolajew, in einem Buch veröffentlicht wurden: Im Gericht wird geflucht und gebetet, auf den Gängen lernen gekaufte Zeugen ihren Text, und vor dem Gebäude machen Freunde wie Feinde der „verbotenen Kunst“ ihrem Ärger vor Mikrofonen und Fernsehkameras Luft.

Was in dem Buch oftmals humoristisch-grotesk erscheint, trägt allerdings bittere Früchte in der russischen Kulturlandschaft. Neben Selbstzensur berichten KünstlerInnen und andere Kulturschaffende immer wieder von direkten Einschüchterungen – die als eine wohlkalkulierte Strategie des Staates erscheinen. So wurden Ausstellungen von Lomaskos und Nikolajews Gerichtsreportage, die im Kulturzentrum Winzavod und im Moscow Museum of Contemporary Art geplant waren, im letzten Moment wieder abgesagt – ein typischer Fall von Selbstzensur, wie er in Russland inzwischen an der Tagesordnung ist.

Nach dem Prozess zur Ausstellung *Verbotene Kunst* wurde der §282 in der russischen Kulturszene stark diskutiert, geht es doch nicht nur um die Freiheit der Kunst, sondern auch um die Freiheit der Kritik. Vor diesem Hintergrund muss man es als Statement verstehen, dass das National Centre for Contemporary Arts (NCCA) im April 2011 Woina und Artjom Loskutow den renommierten Innovatsia-Preis für NachwuchskünstlerInnen verlieh. Doch konnte nicht verhindert werden, dass nachfolgend KünstlerInnen wie beispielsweise Nadeschda Tolokonnikowa, Marija Aljochina und Jekaterina Samuzewitsch von der Gruppe Pussy Riot oder der Künstler Artjom Loskutow zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Seit 2012 ist der repressive Druck der autoritären Regierung auf die russische Kulturszene noch gewachsen. Im Dezember 2014 unterzeichnete Putin das Dekret „Grundlagen für eine neue staatliche Kulturpolitik“, demzufolge die Kultur noch stärker den staatlichen Interessen dienen soll. So wurde 2016 die Förderung zeitgenössischer Kunst unter einer Institution reorganisiert und zentralisiert, um der Politik einen noch größeren Einfluss auf die Kunstszene zu eröffnen.

Feminismus und Kunst

– Genderfragen und die Unterstützung von Minderheiten in Russland

Der Feminismus in Russland stellt als politische Kraft keine einheitliche Bewegung dar. Auch gibt es abgesehen von einigen KünstlerInnen-Gruppen keine organisierte feministische Bewegung in der russischen Kunst.

Weiterhin werden in Russland oftmals feministische Fragestellungen mit solchen aus dem LGBT- und Queer-Umfeld verknüpft. Ein Grund dafür ist das russische Gesetz über das „Verbot der Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen unter Minderjährigen“, das 2013 verabschiedet wurde. Die Folge des neuen Gesetzes war eine Welle von homophoben Straftaten gegen Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle. Keine gesellschaftliche Gruppe, außer FeministInnen, war noch bereit, sich mit LGBT- und Queer-Themen auseinander zu setzen, was schließlich dazu führte, dass diese Themen mit dem Feminismus in eine Schublade gesteckt wurden.

Diese Gegebenheit wirkt sich auch auf viele Arbeiten russischer KünstlerInnen aus, die von feministischen Strategien und Konzepten bestimmt sind, mit deren Hilfe bestimmte soziale Fragen aufgeworfen werden, die oft gar nichts mit künstlerischen Zielen in einem engeren Sinne zu tun haben. So sind es feministische KünstlerInnen, die öffentlich über häusliche und andere Arten von Gewalt, über das Recht auf Abtreibung, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für Frauen diskutieren.

Doch ist es für diese KünstlerInnen zunehmend schwierig, ihre Arbeiten auszustellen, da sich die meisten Ausstellungsorte in Russland davor scheuen, mit Projekten, die sich mit LGBT-, Queer- oder Feminismus-Thematiken auseinandersetzen, in Verbindung gebracht zu werden. Mehr noch: In der überwiegend konservativen Gesellschaft wird der Begriff Feminismus inzwischen mit Extremismus gleichgesetzt.

Die Bedeutung feministischer Bildungsinitiativen ist da offensichtlich, zumal in Russland keine öffentliche Institution existiert, in der feministische Fragestellungen gelehrt oder diskutiert werden. Doch gibt es inzwischen einige wenige private Initiativen wie zum Beispiel die 2013 gegründete Moskauer Experimentalschule für Genderforschung. Und im Bildungszentrum des privat geführten Moskauer Museums für Gegenwartskunst, Garage, treffen sich seit 2015 Interessierte, um gemeinsam Texte von TheoretikerInnen und KünstlerInnen zum Thema Feminismus und zeitgenössische Kunst zu lesen.

Feministische Kunst in Russland – das sind vor allem individuelle Projekte von KünstlerInnen und Gruppen, in denen vereinzelter Protest aufscheint, der jeweils auf eine bestimmte aktuelle politische oder soziale Situation reagiert, auf der Basis sozialer Verantwortung und dem Engagement für die Rechte von aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Gruppen.

Was ist zu tun?

Das Erbe des Kommunismus unter post-post-sowjetischen Bedingungen und der „westliche Blick“

Die Utopie Kommunismus wurde einst von der Sowjetunion genutzt, um dem Volk eine Glaubensrichtung zu geben. Der Kommunismus wurde wie eine Religion propagiert. Als der Glaube daran verschwand, zerbrach auch die Gemeinschaft. In der Russischen Föderation wurde nach dem Untergang der UdSSR um angemessene Repräsentationsformen des neuen Staates gerungen. Eine Lösung zu finden, erwies sich als schwierig, da sich Russland nach dem Abschied vom Marxismus-Leninismus in einer Schwellensituation befand und noch keinen neuen Wertekonsens gefunden hatte. Die Reform der Staatssymbolik zeigt dies besonders deutlich: Anstatt innovative Lösungen zu suchen, griffen die Verantwortlichen auf Hoheitszeichen aus dem vorrevolutionären Russland zurück. Bei der Hymne erwies sich der Rekurs auf vorrevolutionäre Symbolik als Intermezzo: Michail Glinkas Komposition aus dem 19. Jahrhundert diente nur bis Ende 2000 als Nationalhymne. Dann kehrte Russland zur Melodie der Sowjethymne zurück, allerdings mit einem neuen Text, der nicht nur nationalen Patriotismus, sondern auch die Verankerung des orthodoxen Glaubens in Russland zum Ausdruck bringen soll.

Nach wie vor ringt Russland um seine Identität, ein Prozess, der durch die Ukraine- und Krimkrise noch an Stärke zugenommen hat. Einerseits sollen Folklore und Religion identitätsstiftend sein, andererseits ist ein Rückgriff auf die alte Sowjetkultur (alte Kinderbücher, Filme und so weiter) zu beobachten. Und seit 2008 wird jährlich wieder die traditionelle Militärparade zum Tag des Sieges über das Deutsche Reich am 9. Mai abgehalten. 2010 entbrannte anlässlich dieser Gedenkfeiern ein exemplarischer Streit in Russland, als Moskaus Bürgermeister Stalin-Plakate aufhängen lassen wollte. MenschenrechtlerInnen waren entsetzt, auch in der Regierung regte sich Protest. Selbst der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew hatte Stalin mit deutlichen Worten als Verbrecher bezeichnet. „Millionen von Menschen sind zu Opfern von Terror und erlogenen Anschuldigungen geworden“, hatte Medwedew in einem Videoblog zum Gedenktag für die Opfer der politischen Repressionen im Oktober 2009 gesagt. In den Geschichtsbüchern wiederum, die an russischen Schulen verwendet werden, spielt zwar die Person Stalin eine Rolle, doch Stalins Verbrechen und die Millionen Opfer seiner Säuberungen und Arbeitslager werden nicht erwähnt. Man tut sich schwer mit der Geschichte der Sowjetunion und dem Erbe des Kommunismus. Weder findet eine Aufarbeitung der Geschichte im Sinne einer Vergangenheitsbewältigung, noch eine kritische Beschäftigung mit den Inhalten des Marxismus und Leninismus statt.

Gleichzeitig lässt sich unter vielen Kulturschaffenden, die sich wie ihre KollegInnen im Westen als „kritische Linke“ bezeichnen würden, eine grundsätzlich affirmative Haltung gegenüber kommunistischen Ideen finden, die jedoch selten zu einer tiefer gehenden Auseinandersetzung führt. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die Gruppe Chto Delat (Was zu tun ist), die sich in ihren Performances, Filmen und jüngst auch in einer „Schule für engagierte Kunst“ unter anderem mit Fragen und Möglichkeiten einer Aktualisierung kommunistischer Ideen unter den Bedingungen einer Demokratie beschäftigt.

Aus einer russischen Perspektive kann es denkwürdig anmuten, jetzt, da der historische Sozialismus überwunden ist, eine kapitalismuskritische Haltung einzunehmen und linksorientierte Diskurse aus dem Westen zu übernehmen und mit der Realität des eigenen Landes in Einklang zu bringen. Zugleich spüren russische KünstlerInnen durchaus einen gewissen Anpassungsdruck bezüglich ihrer künstlerischen Arbeit. Auch haben sie ein Gespür für die Doppelbödigkeiten der westlich geprägten Kunstwelt, in der linksorientierte Diskurse und neoliberales Handeln oftmals Hand in Hand gehen.

Diese russische Perspektive ließe sich möglicherweise gewinnbringend zum Hinterfragen der Dominanz des „westlichen Blicks“ in der globalisierten Kunstwelt von heute nutzen, was aus kuratorischer Sicht auch selbstkritisch gemeint ist.